

KARIN PESCHEL

Entwicklungsmöglichkeiten eines künftigen Landes Mecklenburg-Vorpommern aus westdeutscher Sicht*

Kurzfassung

Aussagen zu den Entwicklungsaussichten eines Landes Mecklenburg-Vorpommern lassen sich aus Hypothesen zu den Umstrukturierungserfordernissen der Wirtschaft einerseits, der Kenntnis der Standortdeterminanten moderner Industrien andererseits gewinnen. Hinsichtlich der Umstrukturierungserfordernisse bietet sich als Analogie die Entwicklung in Schleswig-Holstein in den 70er und 80er Jahren an. Allerdings kann für das Schleswig-Holstein der 70er Jahre nicht gesagt werden, was noch heute für Mecklenburg-Vorpommern gilt: Die Wirtschaft wird entscheidend durch den Agrarsektor, die Werftindustrie, den Seeverkehr, die Hafenwirtschaft und den Fischfang geprägt.

Es wird argumentiert, daß das Land neue große Industrien brauche, der Dienstleistungssektor sei nicht in der Lage, die zu erwartenden Beschäftigungsverluste der vorgenannten Bereiche

aufzufangen. Als wichtigste Voraussetzung für Industrieneuan-siedlung werden genannt: die Verfügbarkeit von Industrieflächen (abhängig von Eigentumsfragen, von der Übernahme von Altlasten usw.), von Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur und von (um)qualifizierten Arbeitskräften.

1. Einleitung

Zunächst eine einschränkende Bemerkung: Die Kenntnis der Wirklichkeit Mecklenburg-Vorpommerns, insbesondere seiner Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit, ist unvollständig. Bisher war es nicht möglich, alle statistischen Informationen zu beschaffen, die nötig sind, um ein voll zutreffendes Bild der Wirtschaft des Landes zu gewinnen.

Die Entwicklung der Vergangenheit zu kennen, ist allerdings auch nicht so besonders wichtig. Denn das übliche Prognoseverfahren der Ökonomen, die Trendextrapolation, ist zur Vorausschätzung der Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns nicht anwendbar. Hierfür ist der Systembruch zu groß. Schlimmer ist, daß viele Daten für die Gegenwart nicht vergleichbar sind. Das trifft schon für einfache Sachverhalte wie die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu: So enthalten die Beschäftigtenzahlen der Landwirtschaft in der DDR in nicht geringem Umfange Beschäftigte, die in der Bundesrepublik zum Bausektor, zum verarbeitenden Gewerbe und auch zu den Dienstleistungen gerechnet werden. Anders als in der Bundesrepublik wird in der DDR der Bergbausektor den seine Produkte verarbeitenden Industrien zugerechnet. Und im industriellen Sektor sind viele Berufstätige mitgezählt, die dort soziale Dienstleistungen erbringen. Wenig hilfreich erscheinen auch Produktivitätsvergleiche, ohne diese auf gleiche Preise zu basieren. Da aber sehr schnelle Veränderungen der Produktivität zu erwarten sind, ist auch dieses Unterfangen vielleicht müßig.

Das zweckmäßigste Verfahren für eine Beurteilung der Entwicklungsperspektiven Mecklenburg-Vorpommerns wird sein, nach Analogien zu suchen. Da es sich bei Mecklenburg-Vorpommern um eine Region handelt, deren Wirtschaft stark durch die Küstenlage geprägt ist, bietet sich unter den westdeutschen als Vergleichsregion am ehesten Schleswig-Holstein an. Die DDR hat bekanntlich den starken Strukturwandlungsprozeß der westlichen Industrienationen in der Vergangenheit nicht mitgemacht. Sie wird ihn mit Sicherheit nachvollziehen! Anhaltspunkte für seine Richtung und sein Ausmaß dürften sich aus der Beobachtung des Geschehens in Schleswig-Holstein etwa zwischen 1970 und 1987 gewinnen lassen.

Allerdings weist ein Vergleich der Wirtschaftsstruktur Mecklenburg-Vorpommerns mit der Schleswig-Holsteins der Jahre seit 1970 zwar auf einige Gemeinsamkeiten, aber auch auf augenfällige Unterschiede hin. Anders als für Mecklenburg-Vorpommern noch heute kann schon für das Schleswig-Holstein der 70er Jahre nicht gesagt werden, daß seine Wirtschaft wesentlich durch Werftindustrie, Seeverkehr, Hafenwirtschaft und Fischfang gekennzeichnet sei. Es läßt sich aber auch kein früheres Jahr finden, in dem sich die Wirtschaftsstrukturen der beiden Regionen stark ähneln. Für den jüngeren Zeitraum spricht auch, daß sich nach verbreiteter Ansicht die Wirtschaft der DDR und die der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der 60er Jahre noch nicht sehr weit auseinanderentwickelt hatten.

Die Aussagen zu den Entwicklungsaussichten Mecklenburg-Vorpommerns basieren auf Thesen zum voraussichtlichen Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft einerseits, auf der Kenntnis der Standortdeterminanten "moderner" Industrien andererseits. Dementsprechend beginnen die Ausführungen mit einer knappen Skizze der Situation Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich zu Schleswig-Holstein (Teil 2). Daran schließen sich Hypothesen über den voraussichtlichen strukturellen Wandel Mecklenburgs in der Zukunft (Teil 3). Es folgen einige Ausführungen zum Thema Standortdeterminanten moderner Industrien (Teil 4).

2. Einige Fakten zur Bevölkerung und Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns im interregionalen Vergleich

2.1 Zur Bevölkerungsverteilung

Die Bevölkerungsdichte ist sowohl in Mecklenburg als auch in der DDR insgesamt weit geringer als in Schleswig-Holstein und im jetzigen Bundesgebiet. Die Fläche Mecklenburg-Vorpommerns beträgt 26 700 km², die Schleswig-Holsteins 15 721 km². Am 31.12.1989 hatte Mecklenburg-Vorpommern 2 116 000 Einwohner — mit den Gebieten, die vermutlich Brandenburg angegliedert werden¹ — und Schleswig-Holstein 2 578 000 Einwohner.

Die Bevölkerungsdichte Mecklenburg-Vorpommerns betrug zum gleichen Datum 79/km², die Schleswig-Holsteins 164. Für die DDR insgesamt werden 152 Einwohner/km² gemeldet, für die Bundesrepublik Deutschland 245.

31 % der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns leben in den sechs Stadt-Kreisen (mit über 50 000 Einwohnern): Rostock, Stralsund, Wismar, Greifswald, Neubrandenburg und Schwerin². Rund 30 % der Bevölkerung leben in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern (DDR rd. 23 %). In den fünf Städten Schleswig-Holsteins mit mehr als 50 000 Einwohnern leben rd. 27 % der Bevölkerung, in Landgemeinden mit unter 2 000 Einwohnern 22 %.

2.2 Zur Wirtschaftsstruktur

Zur Wirtschaftsstruktur der Nordbezirke (Mecklenburg-Vorpommern) der DDR sind nur Beschäftigtenzahlen bekannt. Beiträge der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung oder zum Bruttoproduktionswert liegen nicht vor. Die Verteilung der Beschäftigten auf die Wirtschaftsbereiche ist in Tabelle 1 dargestellt.

Der auffallendste Unterschied, die Größe des primären und tertiären Sektors im Vergleich Mecklenburg-Vorpommerns mit Schleswig-Holstein und der DDR mit der Bundesrepublik, ist teilweise auf die eingangs geschilderten Unterschiede der Statistik zurückzuführen (siehe Tab. 1 und 2). Nach Berechnungen des Statistischen Bezirksamts Rostock dürfte sich der Anteil der in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns Beschäftigten um 40 % verringern, wenn eine Eingliederung der Berufstätigen nach den Kriterien der westdeutschen Statistik erfolgte. Nach einhelliger Meinung aller Sachverständigen ist jedoch der Dienstleistungssektor der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik tatsächlich weit schwächer besetzt.

Besonders interessant für die Themenstellung ist, daß die Beschäftigtenstruktur Mecklenburg-Vorpommerns ähnliche Abweichungen von der der DDR zeigt wie die Beschäftigtenstruktur Schleswig-Holsteins von der des Bundesgebietes: In beiden Fällen liegt der Anteil des industriellen Sektors mehr als 10 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt, während der Anteil der Sektoren Handel und Verkehr zusammen genommen über dem jeweiligen Landesdurchschnitt liegt. Letzteres gilt auch für die nichtproduzierenden Bereiche Mecklenburg-Vorpommerns wie die übrigen Dienstleistungsbereiche Schleswig-Holsteins (Tab. 1, letzte Zeile, letzte Spalte). Es ist anzunehmen, daß die überdurchschnittlich

Tabelle 1:
Berufstätige in den drei Nordbezirken der DDR sowie in der gesamten DDR 1988
und Beschäftigte im Land Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik Deutschland
nach Wirtschaftsbereichen im Jahre 1987 (in %)*

Wirtschaftsbereiche	DDR	Neu- brandenburg	Rostock	Schwerin	Mecklenburg- Vorpommern	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet
Industrie ¹	37,4	20,4	24,6	24,3	23,3	23,2	31,6
Prod. Handwerk	3,1	1,8	2,0	2,9	2,2		
Bauwirtschaft	6,6	7,9	7,3	6,9	7,4	7,5	6,7
Land- u. Forstwirtschaft	10,8	26,9	14,6	22,2	20,2	5,6	3,1
Verkehr, Post- u. Fernmeldewesen	7,4	7,2	11,8	8,8	9,7	5,6	5,6
Handel	10,3	10,6	11,6	10,5	11,0	16,0	14,5
Sonst. prod. Zweige ²	3,0	2,1	3,3	2,1	2,6	42,0	38,3
Nichtprod. Bereiche	21,4	23,0	24,9	22,3	23,6		
	100	100	100	100	100	100	100
in Tausend	8 594	307	470	294	1 071	992	27 702

* Daten für Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik Deutschland nach Arbeitsstättenzählung 1987. Die Daten für den landwirtschaftlichen Sektor wurden um die nicht gewerbliche Landwirtschaft ergänzt.

1 Statistik der Bundesrepublik Deutschland: Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe

2 Statistik der Bundesrepublik Deutschland: Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Quelle: Stat. Jahrbuch der DDR 1989
Stat. Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1988, 1989

Tabelle 2:
Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen im Land Schleswig-Holstein
und in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1987 (in %)

Wirtschaftsbereiche	1970		1987	
	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet
Land- u. Forstw., Fischerei	10,1	7,6	5,6	3,1
Energie, Wasser, Bergbau	0,9	1,8	1,1	1,4
Verarb. Gewerbe	28,7	39,0	22,1	30,2
Baugewerbe	10,4	8,1	7,5	6,7
Handel	15,4	14,2	16,0	14,5
Verkehr, Nachrichten	5,5	5,6	5,6	5,6
Kreditinst., Versicherungen	2,3	2,5	3,1	3,5
Dienstleistungen von Unternehmen	10,3	9,3	17,7	17,2
Organisationen ohne Erwerbszweck	1,9	2,2	4,0	4,2
Gebietskörpersch. u. Sozialversich.	13,8	9,7	17,2	13,4
	100	100	100	100

Quelle: Stat. Jahrbuch der DDR 1989
Stat. Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1988, 1989

Tabelle 3:
Berufstätige in der Land- und Forstwirtschaft der drei Nordbezirke der DDR 1970 und 1988 und Schleswig-Holsteins im Jahre 1970 und 1987

	1970			1987 bzw. 1988		
	insges.	weibl. ¹	Lehrlinge	insges.	weibl. ¹	Lehrlinge
DDR	1 023 117	446 693	25 998	969 200	350 100	41 200
Neubrandenburg	87 217	32 420	2 230	82 700	28 500	4 200
Rostock	66 041	22 667	2 217	68 800	23 800	2 600
Schwerin	67 831	27 264	1 852	65 100	23 500	3 600
Mecklenburg-Vorpommern	221 089	82 354	6 299	216 600	75 800	10 400
Schleswig-Holstein	97 210	35 135	— ²	55 500	16 500	— ²

1 nur weibl. Mitglieder landwirtschaftlicher Genossenschaften

2 keine Angabe

Quellen: Stat. Jahrbuch der DDR 1972 und 1989; Stat. Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1988; Stat. Jahrbuch Schleswig-Holstein 1972

Tabelle 4:
Die Struktur der Beschäftigung des verarbeitenden Gewerbes und des Wirtschaftsbereichs Energie- und Wasserversorgung, Bergbau in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1987 (in % der Gesamtbeschäftigung)

Wirtschaftsbereiche	1970		1987	
	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Elektrizität, Wasser, Gas	2,9	1,9	4,6	2,5
Bergbau	0,1	2,7	0,3	2,1
Chem. Industrie, Mineralölverarbeitung	3,8	6,0	6,1	6,5
Kunststoffe, Gummi	2,2	3,2	2,9	4,4
Steine, Erden	5,6	4,9	4,7	3,7
Metall	4,0	8,6	3,9	7,6
Maschinen- u. Fahrzeugbau	28,5	24,5	27,5	28,8
Elektrotechnik	14,6	18,0	20,3	19,1
Holz, Papier, Druck	13,8	9,9	12,2	9,4
Leder, Textil	7,2	11,5	3,5	6,9
Ernährung	17,3	9,0	13,9	9,0
	100	100	100	100

Quelle: Stat. Jahrbuch Schleswig-Holstein 1988
 Stat. Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1972
 Stat. Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1989

hohen Beschäftigtenzahlen des tertiären Sektors in Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein auf den Tourismus, auf Häfen und Seeverkehr zurückzuführen sind.

2.2.1 Land- und Forstwirtschaft

Die Besetzungszahlen dieses Wirtschaftsbereichs sind in Tabelle 3 angegeben. Der Unterschied in der Zahl der Beschäftigten spiegelt zweifellos unterschiedliche Arbeitsproduktivitäten in diesem Sektor wider. In der Literatur werden als

Produktivitätskennziffern vier AK pro hundert ha in Schleswig-Holstein und zwölf AK pro hundert ha in Mecklenburg-Vorpommern³ genannt.

2.2.2 Verarbeitendes Gewerbe (Industrie)

Leider sind die Beschäftigtenanteile in den einzelnen Industrien Mecklenburg-Vorpommerns nur teilweise bekannt. Nach meinen Berechnungen dürfte jedoch die Struktur des sogenannten Produktionspersonals, die in Tabelle 5 ausgewie-

sen ist, die Gesamtstruktur gut widerspiegeln. Die Produktionsbeschäftigten umfassen rund 60 % der jeweiligen Gesamtbeschäftigten.

Die Struktur der Industrie in Mecklenburg-Vorpommern weist stärkere Ähnlichkeiten mit der Schleswig-Holsteins zu Beginn der 70er Jahre als mit der heute auf (siehe Tab. 4 und 5).

Tabelle 5:
*Die Struktur des Produktionspersonals der Industrie
in den drei Nordbezirken der DDR 1987*

Industriezweig	Beschäftigte	
	absolut	in %
Energie u. Baustoffe	6 410	4,3
Chemie	5 915	4,0
Metallurgie	569	0,4
Baumaterialien	7 430	5,0
Maschinen- u. Fahrzeugbau	59 415	40,3
Elektrotechnik, Leichtindustrie	8 933	6,1
— Holzbearb. Industrie	10 963	7,4
— Zellstoff u. Papier	2 690	1,8
— Kulturwaren	529	0,4
— Konfektionsindustrie	6 116	4,1
— Schuh- u. Lederw.	3 230	2,2
Textilindustrie	1 550	1,1
Lebensmittelindustrie		
— Fisch	8 481	5,7
— Fleisch	7 598	5,1
— Milch	4 902	3,3
— sonst. Lebensmittel	12 868	8,7
Industrie insges.	147 599	100

Quelle: Statistische "Studie" der Grundlagen zur Strukturplanung in der Wirtschaftsregion eines zukünftigen Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Grenzen der Bezirke Rostock-Schwerin-Neubrandenburg.
Hrsg.: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bezirksamt Rostock.
— Rostock 1990, S. 60

In Schleswig-Holstein vereinten die traditionellen Industrien des Landes, Maschinen- und Fahrzeugbau, Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie der hier nach dem Zweiten Weltkrieg sprunghaft gewachsene Sektor Leder, Textil und Bekleidung 1970 53 % der Industriebeschäftigten auf sich. 1987 waren es noch 45 %. Für Mecklenburg-Vorpommern wird für die Gegenwart (1989) ein Anteil von allein 40 % für den Maschinen- und Fahrzeugbau und von 26 % für die Lebensmittelindustrie angegeben⁴. Nach eigenen Schätzungen kommt ein Beschäftigtenanteil von rd. 7 % für die Textil- und Bekleidungsindustrie hinzu, so daß fast 75 % der Gesamtbeschäftigten in diesen drei "klassischen" Industrien arbeiten. Ein ähnliches Bild vermitteln die Anteile der Industriebereiche an der industriellen Warenproduktion der drei Nordbezirke der DDR (siehe Tab. 6). Auch zeigt sich, daß die drei klassischen Sektoren in Mecklenburg-Vorpommern einen Anteil von rd. 72 % (1989) an der gesamten Industrieproduktion haben.

Der strukturelle Wandel Schleswig-Holsteins kommt in den Anteilsveränderungen der Tabelle 4 nur bedingt zum Ausdruck. Aus ihr ist zu entnehmen, daß zwischen 1970 und 1987 der Anteil des Sektors Leder, Textil und Bekleidung von

Tabelle 6:
*Anteile der Wirtschaftsbereiche an der
industriellen Warenproduktion in der DDR 1989*

Industriezweig	Nordbezirke	DDR
Energie u. Baustoffe	6,5	7,3
Baumaterialien	2,2	2,0
Metallurgie	0,4	9,0
Chemie	7,0	20,0
Wasserwirtschaft	1,0	0,6
Maschinen u. Fahrzeugbau	24,7	20,5
Elektrotechnik	4,0	9,0
Leichtindustrie	10,9	
davon — Holzbearb.	5,3	
— Papier	1,2	
— Kulturwaren	0,3	10,2
— Konfektion	2,4	
— Schuh/Lederw.	1,8	
Textilindustrie	1,7	6,1
Lebensmittelindustrie	41,6	
davon — Fisch	4,6	
— Fleisch	13,8	15,4
— Milch	7,0	
— Sonstige	16,1	
	100	100

Quelle: Statistische "Studie" der Grundlagen zur Strukturplanung in der Wirtschaftsregion eines zukünftigen Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Grenzen der Bezirke Rostock-Schwerin-Neubrandenburg.
Hrsg.: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bezirksamt Rostock.
— Rostock 1990, S. 59

7,2 auf 3,5 %, der der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von 17,3 auf 13,9 % der Beschäftigung des verarbeitenden Gewerbes zurückgegangen ist. Dagegen spiegelt das große Aggregat Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau den strukturellen Wandel, der durch den Schiffbausektor ausgelöst wurde, nicht wider. Der Anteil der gesamten Wirtschaftsgruppe blieb mit rd. 29 % konstant.

Zu betonen ist, daß der wirtschaftsstrukturelle Wandel des verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein überdies zwischen 1970 und 1987 mit einem Rückgang der Beschäftigung um rd. 39 500 (= 15 % der Ausgangsbeschäftigung) verbunden war. Davon entfielen rd. 14 000 Arbeitsplätze auf die Nahrungs- und Genussmittel-, 11 000 auf die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie. Der Stahl-, Fahrzeug- und Maschinenbau verlor 12 600 Arbeitsplätze, das entspricht ungefähr dem Rückgang im Schiffbau um 10 000. (Letzterer fiel von knapp 28 000 (1960) auf 22 600 (1970) und 9 300 (1987)).

Anscheinend ist der Sektor Maschinen- und Fahrzeugbau in Mecklenburg-Vorpommern sehr viel stärker auf den Schiffbau konzentriert als in Schleswig-Holstein. Auf den Werften Schleswig-Holsteins arbeiteten 1987 nur noch knapp 15 % aller Beschäftigten des Maschinen- und Fahrzeugbaus. Für Mecklenburg-Vorpommern werden rund 50 000 Schiffbaubeschäftigte genannt. Das entspricht nach überschlägigen Berechnungen einem Anteil am Maschinen- und Fahrzeugbau von rd. 50 % (und einem Anteil an der gesamten Industriebeschäftigung von rd. 20 % gegenüber 4 % am verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein).

Die große Bedeutung des Schiffbaus und der Nahrungsmittelindustrie für Mecklenburg-Vorpommern wird auch durch

Einzelangaben belegt. So entfallen vom Produktionsvolumen des Bezirks Rostock gegenwärtig 25 % auf den Schiffbau und etwa 36 % auf die Nahrungsgüterwirtschaft und Lebensmittelindustrie⁵.

Tabelle 7 gibt die wichtigsten Produkte der Industrie der Nordbezirke an. Nach eigener Einschätzung dieser Produkt-

palette sind echte "moderne" Produkte darin nicht enthalten. Für diese Einschätzung spricht auch, daß in Mecklenburg-Vorpommern nur wenig Forschungs- und Entwicklungspersonal tätig ist, und zwar rd. 3 100 Beschäftigte in Rostock und knapp 700 in Schwerin⁶.

Tabelle 7:
Wichtige Industrieerzeugnisse der Nordbezirke der DDR

Erzeugnis/Leistung	Jahresvolumen	Anteil am DDR-Aufkommen (in %)
Industrie		
Elektroenergie	12 720 GWH	10,7
Stickstoff f. d. Landwirtschaft	378 1000 tN	28,4
See- und Küstenschiffe	11 Stück	100,0
Fischereifahrzeuge	11 Stück	100,0
Binnenschiffe	7 Stück	84,0
Wandfliesen	7 594 1000 m ²	86,7
Nähmaschinen	365 000 Stück	100,0
Maschinen u. Ausrüstungen f. d. LMI	73 021 1000 M	11,2
Plast- u. Elastmaschinen	173 057 1000 M	33,0
Armaturen	204 565 1000 M	11,1
Erzeugnisse der Hydraulik	333 975 1000 M	27,1
Starkstromkabel mit Cu-Leiter	213 620 1000 M	63,9
Starkstromkabel mit Al-Leiter	286 403 1000 M	35,0
Außenläufermotoren	186 930 Stück	100,0
Übertragungseinrichtungen für Telefonie/Telegrafie	109 855 1000 M	35,8
Viskosefasern	29 405 t	24,3
Oberbekleidung für Herren	4 953 1000 St.	34,1
Span- u. Faserplatten mittlerer Rohdichte	15 909 1000 m ²	25,8
Faserplatten hoher Rohdichte	26 287 m ³	24,8
Bauwesen		
Neubauwohnungen	11 742	14,1
Verkehrswesen		
Gütertransport der Handelsflotte	14,0 Mio. t	100,0
Güterumschlag in den Seehäfen	25,1 Mio. t	100,0
Land-, Forst- u. Nahrungsgüterwirtschaft, Binnenfischerei u. Getränkeindustrie		
Getreide	3 124 kt	28,9
Ölfrüchte	284 kt	65,6
Zuckerrüben	1 726 kt	27,8
Schlachtvieh	675 kt	24,8
Milch	1 915 kt	24,3
Eier	949 Mio. St.	18,3
Honig	2 476 t	27,4
Rohholzabsatz	2,3 Mio. m ³	21,1
Fisch u. Fischwaren	237 695 t	91,5
Fleisch	416 160 t	23,4
Butter und Butterschmalz	73 279 t	23,4
Fettkäse	47 462 t	28,4
Teigwaren	24 489 t	33,2
Zucker	213 513 t	28,0
Tourismus und Erholung		
Urlauber (Erholungsw. der Gewerkschaften)	1,9 Mio.	36,1
Campingplatzkapazität	149 557 Plätze	38,4

Quelle: Statistische "Studie" der Grundlagen zur Strukturplanung in der Wirtschaftsregion eines zukünftigen Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Grenzen der Bezirke Rostock-Schwerin-Neubrandenburg. Hrsg.: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bezirksamt Rostock. — Rostock 1990, S. 5 f.

2.2.3 Der Tertiäre Sektor

Wie dargestellt, ist ein Vergleich des Tertiären Sektors in den Regionen der DDR mit dem in Regionen der Bundesrepublik schwer möglich. Auch liegen außer den gesondert ausgewiesenen Bereichen Handel und Verkehr keine disaggregierten Angaben für die Regionen der DDR vor (für Schleswig-Holstein siehe Tab. 8).

Tabelle 8:
Beschäftigte im Tertiären Sektor Schleswig-Holsteins 1970 und 1987
(in %)

	1970	1987
Handel	31,2	25,1
Verkehr, Nachrichtenwesen	11,2	8,7
Kredit, Versicherungen	4,6	4,8
Dienstleistung v. Unternehmen	20,9	27,8
Org. ohne Erwerbszweck	3,9	6,3
Gebietskörpersch., Sozialvers.	28,1	27,1
insgesamt	100	100

Quelle: Stat. Jahrbuch Schleswig-Holstein 1988, S. 69

Die eingangs geäußerte Vermutung, daß die überdurchschnittliche Beschäftigtenzahl des Tertiären Sektors (nicht produzierender Bereich) in Mecklenburg im Vergleich zur DDR auf den Tourismus, auf Häfen und Seeverkehr zurückzuführen sein dürfte, wird in der Statistischen "Studie" erhärtet. Dort wird angegeben⁷, daß rd. 24 000 Beschäftigte gegenwärtig in der Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft der Ostseeküste der DDR arbeiten. Das sind rd. 23 % der insgesamt im Verkehr, Post- und Fernmeldewesen Mecklenburg-Vorpommerns Beschäftigten und gut 2 % aller Beschäftigten. Auch für Schleswig-Holstein sind exakte statistische Angaben zur Bedeutung des maritimen Bereichs nicht vorhanden. Schätzungen zufolge dürften hier einschließlich des Schiffbaus etwa 3 % aller Beschäftigten tätig sein. Eine ähnliche Zahl wird für die Beschäftigten im Sektor Tourismus Schleswig-Holsteins genannt. Für Mecklenburg sind entsprechende Angaben nicht verfügbar.

3. Umstrukturierungserfordernisse

Die Entwicklung in Schleswig-Holstein, die parallel zu der anderer hochindustrialisierter Regionen der westlichen Welt verlief, macht deutlich, daß der landwirtschaftliche Sektor und auch Teile des industriellen Sektors Mecklenburg-Vorpommerns zu starkem Schrumpfen verurteilt sind. Dagegen ist für den tertiären Bereich eher Wachstum zu erwarten.

Hinsichtlich des auch in der Bundesrepublik nicht marktwirtschaftlich orientierten *landwirtschaftlichen Sektors* ist zunächst einmal eine Anpassung an die Produktivität der Bundesrepublik anzunehmen, die durch Flächenstilllegung und Arbeitskräfteabbau erreicht werden muß. Mit dieser Anpassung wird es auf Dauer jedoch nicht getan sein. Denn bekanntlich liegen die EG-Agrarpreise erheblich über dem Weltmarktniveau, und es ist fraglich, ob sich die EG auf Dauer die gegenwärtige hohe Subventionierung des Agrarbereichs

leisten kann und will. Außerdem sind Umstrukturierungsprozesse innerhalb der EG aufgrund des Beitritts Portugals und Spaniens noch nicht abgeschlossen.

Der Vergleich der beiden vorliegenden Produktivitätskennziffern, deren Richtigkeit nur schwer beurteilt werden kann, 4 AK pro hundert ha in Schleswig-Holstein, 12 AK pro hundert ha in Mecklenburg-Vorpommern, läßt ein Schrumpfen der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen auf ein Drittel des gegenwärtigen Bestands vermuten. Das entspricht interessanterweise genau dem Rückgang der in der Landwirtschaft Schleswig-Holstein Beschäftigten zwischen 1950 und 1980. Von einem solchen Schrumpfungsprozeß dürften in besonderem Maße Frauen (gegenwärtig rd. 76 000 von 217 000 Beschäftigten in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns) betroffen sein. Leider ist die Altersstruktur dieser Beschäftigten nicht bekannt. Interessant wäre es, zu sehen, inwieweit der notwendige Abbau der Beschäftigung durch (frühzeitiges) Ausscheiden aus Altersgründen erfolgen kann.

Im *industriellen Sektor* werden in erster Linie der Schiffbau, die Leichtindustrie (mit den Gruppen holzbearbeitende Industrie, Konfektionsindustrie, Schuh- und Lederindustrie), die Textilindustrie sowie die Lebensmittelindustrie vom Strukturwandel negativ hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung beeinflusst werden. Während in der Lebensmittelindustrie der Beschäftigungsrückgang in erster Linie aus einer Anpassung an das gegenwärtige Produktivitätsniveau der Bundesrepublik resultieren dürfte, ist für die Mehrzahl der Produkte der anderen genannten Industrien unter marktwirtschaftlichen Bedingungen keine Produktivität erzielbar, die ihre Produktion in Mecklenburg-Vorpommern auf Dauer sicherte. Das lehren die Erfahrungen für Schleswig-Holstein. Denn es handelt sich dabei überwiegend um sogenannte Produktzyklusgüter; das sind Güter, die mit standardisierten Produktionsverfahren in Massenfertigung hergestellt werden und die in weniger entwickelten Ländern kostengünstig erzeugt werden können. Die DDR wird in dem Maße, in dem ihr Lohnniveau steigt, auf die Fertigung dieser Güter verzichten müssen. Möglicherweise bestehen bereits jetzt Produktivitätsrückstände im Weltmarktvergleich. Ausnahmen könnten höherwertige, auf kleine Marktsegmente ausgerichtete "spezifische" Erzeugnisse sein, wie modische Damenoberbekleidung, Sportkleidung, Möbel mit künstlerischem Design, alkoholische Getränke mit Traditionsmarken usw. Ob solche Produkte in Mecklenburg-Vorpommern erzeugt werden oder erzeugt werden könnten, entzieht sich unserer Kenntnis. Typischerweise knüpft ihre Weiterentwicklung an traditionelle handwerkliche Fertigungen an. Ihr Absatz setzt intensives Marketing voraus.

Auch im Schiffbausektor Schleswig-Holsteins hat sich gezeigt, daß hochspezialisierte Fertigung Überlebenschancen hat. Gegenwärtig sieht die Lage des Schiffbausektors zwar nicht ungünstig aus, zu bedenken ist aber, daß seine Nachfrage typischerweise starken konjunkturellen Schwankungen unterworfen ist. Aus der Produktzyklushypothese läßt sich folgern, daß die marktwirtschaftliche internationale Arbeitsteilung den Schiffbau weitgehend aus der deutschen Produktpalette eliminieren wird. Deswegen sei an dieser Stelle vor dem Fehler gewarnt, hohe Investitionen zur Verbesserung der Produktivität des Schiffbaus zu machen. Prozeßinnovationen nutzen nichts, wenn die Produkte veraltet sind! Das gilt natürlich auch für alle dem Schiffbau Zuliefernden Industrien aus dem Bereich des Maschinenbaus und der Elektroindustrie.

Auch in den übrigen Industrien des Landes werden Anpassungsprozesse an die Nachfrage auf den Weltmärkten erforderlich sein. Hierzu und nicht nur aus Produktivitätsgründen sind Veränderungen der Produktionsverfahren erforderlich. Die Zukunft der industriellen Erzeugung der hochindustrialisierten Länder wird vielfach in einer Orientierung auf hochspezialisierte, flexible Fertigungen gesehen⁸. Während sich der Schiffbau in der Bundesrepublik mit einer Veränderung seiner Produktpalette sehr schwer getan hat (bevorzugtes Objekt scheint jetzt der Einstieg in den Anlagenbau zur Erzeugung alternativer Energie zu sein), ist dem Maschinenbausektor der Bundesrepublik die Umstellung hervorragend gelungen. Hierfür spricht auch, daß er der große Gewinner der jüngeren EG-Integration ist. Dem Land Mecklenburg-Vorpommern ist dringend anzuraten, soweit wie möglich auf die Umgestaltung der Produktpalette des Maschinen- und Schiffbausektors hinzuwirken, d.h. bestehende Produktionen nicht zu subventionieren und auch nicht für die Modernisierung der Produktionsverfahren bei bestehender Produktpalette zu sorgen, sondern auf Umstrukturierung zu drängen. Hierfür ist einmal zu fragen, welche Fähigkeiten der Arbeitskräfte genutzt, welche Flächen und Werkstätten für welche Fertigungen geeignet sind, zum anderen, welche Produkte Zukunftschancen haben (hier bieten sich die Bereiche Umwelttechnologie, Energieversorgung usw. an). Damit soll nicht gesagt werden, daß es falsch sei, für eine Übergangsperiode aus sozialen Gründen den Bau von Schiffen mit hergebrachten Methoden finanziell zu unterstützen. Möglicherweise sind die damit anfallenden Kosten geringer, als es die Finanzierung von Arbeitslosigkeit wäre. Das darf aber nicht zur andauernden Praxis werden! Es sei auch davor gewarnt, zu glauben, daß die vielen Beschäftigten des Schiffbausektors in Mecklenburg-Vorpommern nur durch Neuansiedlung mittelständischer kleinerer Unternehmen aufgefangen werden könnten. Das Beschäftigtenwachstum des kleinbetrieblichen Sektors ist in mannigfacher Weise mit der Entwicklung der Großindustrie verknüpft⁹! Größere Beschäftigungsprobleme insbesondere in Rostock dürften nur durch den Fang eines großen "goldenen Fisches" vermieden werden können. Musterbeispiel hierfür ist die Ansiedlung des Opelwerks in Bochum im Westdeutschland der 60er Jahre, die dieser Stadt einen erheblichen Entwicklungsvorsprung vor anderen Städten des Ruhrgebiets verschaffte.

Der *Dienstleistungssektor* wird die Beschäftigungsverluste der Landwirtschaft und der Industrie in Mecklenburg-Vorpommern nicht auffangen können. Diese Aussage erscheint möglich, obgleich nur wenige Zahlen zur Struktur des Dienstleistungssektors bekannt sind. Die Gründe für die vorgenannte Einschätzung sind einmal die große Zahl der Beschäftigten im Seewesen und der Hafenwirtschaft (rd. 24 000), die trotz eines möglichen Funktionszuwachses im Ostseeverkehr eher Beschäftigung einbüßen dürften, und zum anderen, daß — mit wenigen Ausnahmen wie dem Tourismus — die Entwicklung des Dienstleistungssektors eines jeden Landes stark von dessen Gesamtentwicklung abhängt. In diesem Kontext ist auf die Aussagen der Exportbasis-Theorie hinzuweisen. Die ökonomische Basis einer Stadt von der Größe Rostocks, aber auch der kleineren Städte des Landes bilden wirtschaftliche Aktivitäten, die nicht für die Bevölkerung der Stadt selbst erbracht, sondern exportiert werden. Als solche Basisaktivitäten sind für Mecklenburg-Vorpommern zwar auch Dienstleistungen im Seeverkehr, Fernhandel, Tourismus usw. zu wer-

ten. Diese dürften aber kaum derart anwachsen, daß sie einen Folgesektor tragen könnten, der groß genug ist, die in der Landwirtschaft und Industrie vermutlich freigesetzten Arbeitskräfte zu beschäftigen. Nach Schätzungen von Bröcker¹⁰ macht der Basissektor in Schleswig-Holstein rd. 90 % der im verarbeitenden Gewerbe (Industrie) Beschäftigten aus. Wenn die bisherigen Basissektoren, der Schiffbau und seine Zulieferindustrien sowie die Nahrungsmittelproduktion, stark zusammenschmelzen, müssen sie durch andere Aktivitäten (Anlagenbau, Straßenfahrzeugbau oder ähnliches) ersetzt werden. Andernfalls entwickelt sich ein kumulativer Prozeß nach unten, der den Dienstleistungssektor, das Bauwesen und andere für den regionalen Bedarf produzierende Wirtschaftszweige sogar gegenüber dem gegenwärtigen Stand schrumpfen lassen könnte.

Die positive Entwicklung des Dienstleistungssektors in fast allen Regionen der Bundesrepublik auch während der Stagnationsphase der Wirtschaft in den 70er und beginnenden 80er Jahren beruht insbesondere auf dem Wachstum der unternehmensorientierten Dienstleistungen und der teils privat, überwiegend aber von der öffentlichen Hand bereitgestellten Dienste im Bereich Gesundheit, Soziales, Ausbildung.

Die günstige Entwicklung der unternehmensorientierten Dienstleistungen Rechts- und Wirtschaftsberatung, Banken und Versicherungsleistungen usw. ist Folge der humankapitalintensiver und hochspezialisierter werdenden industriellen Produktionsprozesse und der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung. Teilweise spiegelt das Wachstum dieser Dienste nur organisatorische Änderungen innerhalb der Industrieunternehmen wider, die darin bestehen, derartige Dienstleistungen nicht mehr im Unternehmen selbst zu erstellen, sondern über den Markt zu beziehen. Da diese Dienstleistungen — auch bei gut ausgebautem Kommunikationssystem — häufig auf Face-to-face-Kontakte angewiesen sind, siedeln sie sich in räumlicher Nähe zur nachfragenden Industrie an. Das aber bedeutet, daß sie sich nur dort günstig entwickeln, wo auch der industrielle Sektor gedeiht. Erfahrungsgemäß kommen sie von allein, ohne daß staatliche Anreize zur Ansiedlung notwendig sind.

Das Wachstum der sozialen und Gesundheitsdienste ist eine typische Begleiterscheinung zunehmender materieller Wohlfahrt einer Gesellschaft. Einmal steigen die individuellen Ansprüche der Bürger, zum anderen steigt der Bedarf nach staatlichen Mechanismen zum Ausgleich von Einkommens- und anderen sozialen Unterschieden. Kurz gesagt, es wächst der Bedarf nach einem gut gespannten, engmaschigen sozialen Netz. Problematisch ist bekanntlich seine Finanzierung. In der Bundesrepublik hat sich die Finanzierung des sozialen Netzes trotz eines ausgefeilten interregionalen Finanzgleichsystems zunehmend zur Bürde für finanzschwache Kommunen entwickelt, die zu einer Art *circulus vitiosus* führt, als sie nämlich die Aktivitäten dieser Kommunen auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung usw. stark einschränkt.

Zwar ist für das Land Mecklenburg-Vorpommern ein Wachstum der Beschäftigung dieses Sektors zu erwarten. Wie aus dem vorher Gesagten hervorgeht, ist dieses jedoch nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten. Nur dann, wenn die Finanzierung nicht aus dem Lande selbst zu erfolgen hat, gibt es eindeutig positive Beschäftigungsimpulse. Beispiele hierfür könnten die Errichtung von Rehabilitationskliniken, Altersruhesitzen und Pflegeheimen für den überregionalen Bedarf, finanziert durch die Krankenkassen, sein. Eine ähnliche

Argumentation gilt für das Ausbildungswesen. Zunehmende Ausbildung auf allen Ebenen ist einerseits Bedingung humankapitalintensiver werdender Produktion, zum anderen Folge der damit verbundenen Einkommenssteigerung. Die Qualität dieses Sektors ist somit unbestritten für die Landesentwicklung sehr bedeutsam. Bedacht werden muß jedoch, daß Arbeitskräfte um so mobiler sind, je höher sie qualifiziert werden. Infolgedessen verbraucht ein zu den Bedürfnissen des Landes überproportionales Ausbildungswesen finanzielle Mittel, die für Alternativen nicht zur Verfügung stehen. Die uns bekannten Zahlen zum Hochschulwesen in Rostock (rd. 7 500 Beschäftigte bei rd. 16 500 Studierenden) lassen keine Beschäftigtenexpansion dieses Bereichs erwarten. Zum Vergleich: Im Lande Schleswig-Holstein werden rd. 32 000 Studenten bei 9 000 Personalstellen ausgebildet. Darin ist die medizinische Ausbildung enthalten. Ohne diese sind es rd. 28 000 Studierende bei 3 000 Personalstellen.

Nicht ohne weiteres zu prognostizieren ist die Beschäftigungsentwicklung im Sektor Handel. Einerseits ist eine starke Expansion des Leistungsangebots zu erwarten, andererseits dürfte diese mit zunehmender Rationalisierung (Substitution von Personal durch Verkaufsflächen) einhergehen.

Einen Sonderbereich, auf den hier nicht eingegangen wird, bildet der *Tourismus*. Angemerkt sei nur, daß Beschäftigung im Tourismusverkehr immer mit saisonaler Arbeitslosigkeit einhergeht. Infolgedessen ist Tourismus am ehesten in Verbindung mit Nebenerwerbslandwirtschaft und Fischerei günstig zu betreiben.

Der Sektor mit großer Zukunft ist natürlich das *Bauwesen*. Selbstverständlich hängt seine regionale Entwicklung jedoch entscheidend von der gesamten regionalen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung ab. Schleswig-Holstein hatte in den großen Phasen der Umstrukturierung des industriellen Sektors gleichzeitig einen Rückgang der im Baugewerbe Beschäftigten um rd. 20 000 (zwischen 1970 und 1987) zu verzeichnen. Hier zeigten sich die von der Exportbasistheorie vorausgesagten negativen Folgeerscheinungen des Rückgangs der industriellen Basisaktivitäten.

Die vorangegangenen Ausführungen lassen zwei wichtige Folgerungen zu:

- Der strukturelle Wandel der Wirtschaft wird zu einer Veränderung der Siedlungsstruktur führen, die für die öffentlichen Haushalte nicht unproblematisch ist.
- Das Land Mecklenburg-Vorpommern braucht neue Industrien! Seine bisherige Exportbasis — der Schiffbau und seine Zulieferindustrien, die Nahrungsmittelproduktion — muß durch großengleiche industrielle Aktivitäten ersetzt werden, andernfalls wird sich sogar der Dienstleistungssektor negativ entwickeln.

Zur voraussichtlichen Entwicklung der Siedlungsstruktur sollen ein paar Aussagen gemacht werden, um sodann den Standortdeterminanten moderner Industrien einen eigenen Absatz zu widmen.

Schlechte kommunale Infrastrukturausstattung und ein qualitativ schlechtes regionales Verkehrsnetz werden kurz- und mittelfristig eine Konzentration der Infrastrukturaufwendungen erfordern. Die Freisetzung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft einerseits, die Notwendigkeit der Revitalisierung des industriellen Sektors andererseits lassen es angebracht erscheinen, diese Investitionen erst einmal auf die bis-

herigen Industriestandorte, das sind vorwiegend die Städte, zu konzentrieren. Denn neue Industrien finden ihren Produktionsstandort erfahrungsgemäß vielfach durch Übernahme vorhandener Unternehmen und siedeln sich besonders gern an den Rändern vorhandener Industriestandorte an. Dementsprechend dürfte die Siedlungsstruktur durch eine abnehmende Verdichtung weiter Teile des ländlichen Raumes und eine zunehmende Konzentration auf die Städte und ihre heute noch ländlichen Ränder gekennzeichnet sein. Der letztgenannte, der Suburbanisierungsprozeß, wird bei steigenden Einkommen durch eine Abwanderung der Wohnbevölkerung "ins Grüne" verstärkt werden. Diese Veränderung der Siedlungsstruktur wird die Kommunen vor nicht unerhebliche Aufgaben stellen.

4. Standortdeterminanten moderner Industrien

Die These, daß die zukünftige regionale Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern an der Regenerations- und Umstrukturierungskraft ihres industriellen Sektors hängt, wirft die Frage nach den Standortdeterminanten moderner Industrien auf. Natürlich müssen hier einige Grundbegriffe genügen.

Vorweg ist zu sagen, daß es hinsichtlich der Standortdeterminanten moderner Industrien in der Bundesrepublik keine Einhelligkeit gibt. Bei Analysen, basierend auf Interviewtechniken, und in der tagespolitischen Diskussion, die stark von Unternehmern und Interessenverbänden getragen wird, dominiert die Forderung nach *Verkehrsinfrastruktur*: In erster Linie wird ein weiterer Straßenausbau gefordert, in zweiter auf die Notwendigkeit der Verbesserung von Eisenbahn- und Luftverkehr gedrungen. Wissenschaftliche Analysen mit Hilfe von multiplen Regressionsrechnungen ergaben dagegen zweifellos, daß die Verkehrsinfrastruktur in der Bundesrepublik nur in Ausnahmefällen eine wichtige Standortdeterminante ist. Ausnahmen bilden Flughäfenanschlüsse, die für bestimmte unternehmensorientierte Dienstleistungsanbieter von Bedeutung zu sein scheinen, und ausgeprägte Engpässe. Diese Analyseergebnisse lassen sich leicht damit erklären, daß Infrastruktur in der Bundesrepublik ubiquitären Charakter hat¹¹. Da Infrastruktur in der DDR sicherlich nicht in dem Maße als ubiquitär angesehen werden kann, kommt ihrem Ausbau hier zweifellos Bedeutung zu.

Wichtiger als der Einfluß der Verkehrsinfrastruktur scheint für moderne Produktionen die *Kommunikationsinfrastruktur* zu sein. Anschluß an Schnellbahn und Flughäfen für Face-to-face-Kontakte, Telefon und Telefax sind unbedingte Voraussetzungen zur Befriedigung der hohen Informationsbedürfnisse bei modernen Produktionen.

Ein weiterer in der Bundesrepublik stark betonter Faktor ist die *Ausstattung einer Region mit wissenschaftlichen Einrichtungen für Forschung und Entwicklung*. Eigene Untersuchungen haben auch hierzu keinen statistisch signifikanten Zusammenhang erbracht. Es ist anzunehmen, daß der Grund in der hohen Mobilität gerade des hochqualifizierten Personals zu sehen ist. Auch sind die hierarchischen Muster der Ausbreitung technischen Fortschritts, wie sie die Geographen in der Vergangenheit beschrieben haben, in der Bundesrepublik nicht zu beobachten gewesen¹². Dementsprechend sind von einer regional überdurchschnittlichen Ausstattung mit Einrichtungen des (Fach-)Hochschulwesens wie auch von der Gründung von Technologieparks usw. keine besonderen

regionalen Entwicklungsimpulse zu erwarten. Anders dagegen ist die *berufliche Ausbildung* auf Facharbeiterebene zu beurteilen. Die Berufsgruppe der Facharbeiter ist eher seßhaft und mobil nur in wirtschaftlichen Ausnahmesituationen. Die für moderne Industrien notwendige Qualifizierung bzw. Umqualifizierung des Facharbeiterstammes wird in beachtlichem Umfang in der eigenen Region erfolgen müssen (vielleicht von woanders umqualifizierten Ausbildern).

In der Bundesrepublik wurden in der Vergangenheit starke räumliche Deglomerationsprozesse des industriellen Sektors beobachtet. Hieraus ist abzuleiten, daß eine Vielzahl von *Urbanisierungsnachteilen* wie hohe Lärm- und Abgasbelastung, hoher Zeitaufwand im innerstädtischen Verkehr die Abwanderung der Industrie an die Ränder der Agglomerationen oder gar in den ländlichen Raum verursachten. Damit hängt ein weiterer in der Vergangenheit offensichtlich besonders wirksamer Standortfaktor zusammen: *die Verfügbarkeit geeigneter Industrieflächen*. Hieran fehlte es in der Bundesrepublik häufig auch dort, wo alte Industrien darniedergingen, entweder weil ihre Flächen dennoch nicht zum Verkauf standen oder weil sie verseucht waren. Teilweise wurden sie auch wegen ihres häßlichen Ambientes für moderne Industrien als ungeeignet angesehen. Hinsichtlich der Flächenplanung sind die Kommunen gefordert. Schaffung eines flexiblen Bodenmarktes und Flächenrecycling heißen hier die Schlagwörter. Auf die rechtlichen Probleme des Bodeneigentums einzugehen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Daß die Eigentumsfrage geklärt werden muß, bevor Investoren ins Land kommen, ist wohl inzwischen Allgemeingut. Damit ist jedoch noch keine ökonomisch optimale Allokation des in den Agglomerationen knappen Faktors Boden sichergestellt. Wie die bundesdeutsche Erfahrung lehrt, haben die „Alteingesessenen“ häufig kein Interesse am Grundstückserwerb von (zumindest potentiell auf vielen Märkten mit ihnen konkurrierenden) „Fremden“ und wissen ihre Interessen durch Koalitionsbildungen mannigfacher Art zu schützen. Unter diesem Aspekt ist auch das Problem der Reinigung verseuchter Industrieflächen mit zu sehen. Zwar sind die hierbei entstehenden Kosten im Prinzip dem Verursacher in Rechnung zu stellen. In der Praxis der DDR dürfte diese Aufgabe aber den Kommunen zufallen, die hierzu wohl der Unterstützung durch die Länder bedürfen.

Der *optimale Standort moderner Industrien* läßt sich abschließend wie folgt charakterisieren:

Er ist nahe zu großen Städten gelegen, so daß deren Agglomerationsvorteile genutzt werden können, aber so weit vom Zentrum entfernt, daß ihre Nachteile nicht zu Buche schlagen. Er ist bestens mit modernen Kommunikationstechnologien ausgerüstet, liegt in Flughafennähe, möglichst dicht an einer Fernverkehrsstraße und hat einen Bahnanschluß. Seine Fläche ist genügend groß, um Flachbauweise zu ermöglichen. Alle notwendigen Entsorgungs- und Versorgungseinrichtungen sind vorhanden. Die Umgebung ist lärm-, abgas- und erschütterungsfrei. In der Nähe liegt ein schönes grünes Wohngebiet für das höhere und mittlere Management. Diesern werden

genügend attraktive Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung (Segeln, Golf usw.) geboten. Es stehen genügend gut ausgebildete Facharbeitskräfte zur Verfügung, bzw. das Arbeitsamt schult sie für die spezifischen Belange des Unternehmens. Besonders schön ist es, wenn sie dann auch noch bereit sind, zu niedrigem Lohn zu arbeiten!

Wenn man solche Standorte in Mecklenburg findet, so braucht einem um die Zukunft des Landes nicht bange zu sein!

Da aber ansiedlungswillige Manager manchmal blind sind, ist ein weiteres erforderlich: Die Kommunalverwaltungen müssen selbst auf die Suche nach ansiedlungswilligen Unternehmern gehen, diese an die Hand nehmen und durch den Wirrwarr der genehmigungserteilenden Behörden führen, sie hegen und umsorgen wie den großen Mäzen, obgleich sie doch nichts anderes wollen, als ihren eigenen Interessen zu dienen.

Anmerkungen

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten anlässlich einer Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Norddeutsche Küstenländer der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) am 5.7.1990 in Schwerin

1 Zahlen nach: Was wäre wenn . . . ? Die Bezirke der DDR im „Landesspiegel“. Hrsg.: Statistisches Amt der DDR

2 Lt. Regionalreport DDR 1990. Hrsg.: NIW. Anhangtabelle

3 Vgl. Prof. Howitz: Thesenpapier zur Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft im Raum Mecklenburg-Vorpommern. — Rostock 1990

4 Statistische „Studie“ der Grundlagen zur Strukturplanung in der Wirtschaftsregion eines zukünftigen Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Grenzen der Bezirke Rostock-Schwerin-Neubrandenburg. Hrsg.: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bezirksamt Rostock. — Rostock 1990, S. 60

5 Angaben des Statistischen Bezirksamts Rostock

6 Nach Angaben des Statistischen Bezirksamts Rostock

7 Statistische „Studie“ der Grundlagen zur Strukturplanung . . . , a.a.O., S. 21

8 Siehe Piore, M.J.; Sabel, Ch.F.: Das Ende der Massenproduktion. — Berlin 1985

9 Siehe hierzu Fritsch, M.: Zur Bedeutung des kleinbetrieblichen Sektors für die Regionalpolitik. In: Berger, J.; Dörmeyer, V.; Funder, M. (Hrsg.): Kleinbetriebe im wirtschaftlichen Wandel. — Frankfurt a.M., New York: Campus 1990, S. 241 ff.

10 Bröcker, J.: Lieferverflechtungen des Landes Schleswig-Holstein. = Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 4

11 Siehe hierzu wie zum folgenden u.a. Bröcker, J.; Peschel, K.: Bestimmungsgründe regionaler Entwicklungsunterschiede der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1970-1982. In: Regionale Beschäftigung und Technologieentwicklung. Hrsg.: von Böventer, Edwin. = Schriften des Vereins für Socialpolitik. N.F. Bd. 189, Berlin 1989

12 Siehe hierzu Ewers, H.J.; Fritsch, M.: Die räumliche Verbreitung von computergestützten Techniken in der Bundesrepublik Deutschland. In: Regionale Beschäftigung und Technologieentwicklung, a.a.O.

Prof. Dr. Karin Peschel
Institut für Regionalforschung
Universität Kiel
Olshausenstraße 60
2300 Kiel 1